

Nr. 17/661

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen und zur Änderung des Bremischen Wahlgesetzes

Verlängerung der Dauer von Wahlperioden auf fünf Jahre

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 4. Dezember 2008
(Drucksache 17/644)

1. Lesung

Der Antrag ist von den Antragstellern zurückgezogen.

Nr. 17/662

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Unterricht in biblischer Geschichte an Schulen im Lande Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/729)
2. Regulierung der Finanzmärkte
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. März 2009
(Drucksache 17/739)

Nr. 17/663

Fragestunde

1. Jugend forscht
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Dr. Iris Spieß, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. März 2009
2. Rechnungshofbericht zu Wirtschaftsbetrieben des Studentenwerks
Anfrage der Abgeordneten Dr. Iris Spieß, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. März 2009
3. Häusliche Gewalt – Anträge nach dem Gewaltschutzgesetz
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 17. März 2009
4. Neue EU-Strategie für den Seeverkehr
Anfrage der Abgeordneten Martin Günthner, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 19. März 2009
5. Arbeit statt „Hartz IV“ für Alleinerziehende
Anfrage der Abgeordneten Karin Garling, Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 19. März 2009

6. Finanzielle Transfers mit der Europäischen Union
Anfrage der Abgeordneten Ulrike Hiller, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 19. März 2009
 7. Umsetzungsstand der Dienstleistungsrichtlinie im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Max Liess, Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 19. März 2009
 8. 5. Bauabschnitt der A 281
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Bernd Richter, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 19. März 2009
 9. Bildungserfolg von Jugendlichen ausländischer Herkunft
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 19. März 2009
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
10. Privatschulen im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 19. März 2009
 11. Übertragung hoheitlicher Aufgaben vom Hafenamt auf Senatsverwaltung
Anfrage der Abgeordneten Frank Schildt, Martin Günthner, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 2. April 2009
 12. Beförderung behinderter Schülerinnen und Schüler
Anfrage der Abgeordneten Margitta Schmidtke, Mustafa Güngör, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 22. April 2009

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 17/664

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/665

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Anerkennung der Schutzbedürftigkeit von auf Dauer angelegten Lebensgemein- schaften

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der FDP und DIE LINKE.
vom 13. August 2008
(Neufassung der Drs. 17/491 vom 22.07.08)
(Drucksache 17/508)
2. Lesung

Der Antrag ist durch die Drucksache 17/714 erledigt.

Nr. 17/666

Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen Anerkennung der Schutzbedürftigkeit von auf Dauer angelegten Lebensgemein- schaften

Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125
der Landesverfassung
vom 10. März 2009
(Drucksache 17/714)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des nichtständigen Ausschusses
gemäß Artikel 125 der Landesverfassung Kenntnis.

Nr. 17/667

Strafverschärfung bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte

Antrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)
vom 9. März 2009
(Drucksache 17/712)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/668

Ausmaß und Strafverfolgungsmöglichkeiten von Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 28. April 2009
(Drucksache 17/768)

Der Senat wird aufgefordert,

1. zukünftig Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte differenziert statistisch zu erfassen, insbesondere ob Widerstandshandlungen nach § 113 Absatz 1 oder nach § 113 Absatz 2 StGB oder in Verbindung mit anderen Delikten zur Anzeige gebracht werden und aufgrund welcher Straftatbestände eine Verurteilung und zu welcher Höhe erfolgt.
2. den Senator für Inneres im Rahmen seiner Funktion als Vorsitzender der IMK zu ersuchen anzuregen, dass die IMK mit der Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ insbesondere folgende Fragen beantworten wird:
 - a) Wie viele Straftaten gegen Vollstreckungsbeamte wurden in den vergangenen fünf Jahren in den Bundesländern zur Anzeige gebracht?
 - b) In wie vielen Fällen erfolgten die Anzeigen ausschließlich nach § 113 Absatz 1 und Absatz 2 StGB, in wie vielen Fällen wurden gleichzeitig auch Körperverletzungen oder Nötigungshandlungen zur Anzeige gebracht?
 - c) In wie vielen dieser Fälle erfolgte eine Verurteilung wegen welcher Delikte, und welches Strafmaß wurde jeweils ausgesprochen?
 - d) In wie vielen Fällen wurde gleichzeitig ein Schmerzensgeld für das Opfer ausgesprochen?
 - e) Welchen Strafraumen für Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte sehen andere Länder der EU vor?
 - f) Gibt es signifikante Abweichungen in der EU zwischen der Anzahl der in Deutschland bei Widerstandshandlungen verletzten Polizisten bzw. der Schwere der hierbei eingetretenen Verletzungen und den hierzu vorliegenden Befunden aus anderen EU-Ländern?
 - g) Ist zu erwarten, dass eine Strafverschärfung des § 113 Absatz 1 und 2 StGB zu einer zahlenmäßigen Absenkung der Angriffe gegen Polizeibeamte führt, und wäre eine solche Strafverschärfung auch im rechtssystematischen Sinne angemessen?

Nr. 17/669

Umweltbewusstsein stärken – Potenziale aller Bevölkerungsgruppen ausschöpfen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 11. März 2009
(Drucksache 17/719)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an die staatliche Deputation für Umwelt und Energie (federführend) und die staatliche Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein Konzept mit Beteiligung von Umwelt- und Sozialverbänden, Migrant(innen)envertreter/-innen und Wissenschaft zu erarbeiten, das
 - unter Einbeziehung von Kenntnissen über das Umweltbewusstsein bestimmter Bevölkerungsgruppen den Bedarf einer zielgruppenspezifischen Umweltkommunikation aufzeigt,
 - die dabei gewonnenen Erkenntnisse in Maßnahmen zur Stärkung des Umweltbewusstseins weiterentwickelt mit dem Ziel, zu einem verantwortungsvolleren Umgang zu motivieren und
 - durch entsprechende zielgruppenspezifische Informationsstrategien, z. B. auch mit mehrsprachigen Informationsmaterialien, in den Stadtteilen erprobt wird.
2. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von zwölf Monaten nach dieser Beschlussfassung über die Ergebnisse zu berichten.

Nr. 17/670

Wahl des/der Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 14. April 2009
(Drucksache 17/747)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Dr. Imke S o m m e r

zur Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Nr. 17/671

Neubesetzung des Amtes des Landesbehindertenbeauftragten

Mitteilung des Präsidenten der Bürgerschaft
vom 15. April 2009
(Drucksache 17/758)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Dr. Joachim S t e i n b r ü c k

zum Landesbehindertenbeauftragten.

Nr. 17/672

Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 27. März 2009
(Drucksache 17/743)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. April 2009

(Drucksache 17/751)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/673

Der Internationale Frauentag wird Feiertag in Bremen

Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 14. April 2009
(Drucksache 17/757)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/674

Zwölfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 25. November 2008
(Drucksache 17/628)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/675

Gesetz zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2009
(Drucksache 17/676)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/676

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum Entwurf des Zwölften Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwölfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 12. RfÄStV), Mitteilung des Senats vom 25. November 2008 (Drs. 17/628) sowie zum Entwurf eines Gesetzes zum Zwölften Rundfunkänderungsstaatsvertrag, Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2009 (Drs. 17/676) vom 7. April 2009

(Drucksache 17/746)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Ausführungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten Kenntnis.

Nr. 17/677

Beschäftigtenzahlen der Polizei Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 17. März 2009
(Drucksache 17/730)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. April 2009

(Drucksache 17/750)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/678

Gesetz zur Änderung des Finanzausweisungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 17. März 2009
(Drucksache 17/731)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/679

Gesetz zur Änderung des Bremischen Krankenhausfinanzierungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 24. Februar 2009

(Drucksache 17/699)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/680

Gesetz zur Änderung der Aufgaben des Eigenbetriebs Performa Nord – Personal, Finanzen, Organisation, Management – Eigenbetrieb des Landes Bremen

Mitteilung des Senats vom 24. März 2009

(Drucksache 17/740)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/681

16. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (Zentralstelle) über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007

Mitteilung des Senats vom 14. April 2009

(Drucksache 17/748)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 16. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

Nr. 17/682

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss Bremen

Mitteilung des Senats vom 21. April 2009

(Drucksache 17/760)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Birute F r e i m u t h

anstelle der ausgeschiedenen Frau Sylvia Gerking zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses Bremen.

Nr. 17/683

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss Bremen

Mitteilung des Senats vom 21. April 2009

(Drucksache 17/761)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Gabriele W i t t e

anstelle des ausgeschiedenen Herrn Volker Jonas zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses Bremen.

Nr. 17/684

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 21 vom 21. April 2009

(Drucksache 17/762)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 17/685

Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze

Mitteilung des Senats vom 28. April 2009

(Drucksache 17/769)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze Kenntnis.

